



Tagesordnung I Punkt 19 der öffentlichen Sitzung am 18. November 2021

Tagesordnung

Beschluss Nr. 0477

Der Tagesordnung wird unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen zugestimmt:

Die Beratung erfolgt gemäß den folgenden Empfehlungen des Ältestenausschusses:

- Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit zu Beginn wird diese nicht mehr angezweifelt.
- Auf namentliche Abstimmungen wird verzichtet.
- Die Abstimmung erfolgt nach Fraktionsstärke.

Umsetzungen

Keine

Neue Anträge

- TOP I/6 Antrag Freie Wähler/Pro Auto
- TOP I/7 Antrag Freie Wähler/Pro Auto
Antrag StV. Haker (Die Partei)
- TOP I/9 Antrag CDU
Antrag Freie Wähler/Pro Auto
- TOP I/14 Antrag Die Linke - neuer Antragstext
- TOP I/15 Antrag StV. Haker (Die Partei) - neuer Antragstext

Anträge aus vergangenen Sitzungen

- TOP I/13 Antrag FDP und Antrag Linke
- TOP I/14 Antrag Die Linke
- TOP I/15 Antrag StV. Haker (Die Partei)
- TOP I/17 Antrag CDU, FDP, Volt und BLW/ULW/BIG

Protokollerklärungen

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu:

- II/9 21-V-03-0008 (Integrierte Schulplanung für Bierstadt-Nord)
Solange noch keine verbindlichen Änderungen/Ergänzungen der Baustandards der LHW durch den 2019 erklärten Klimanotstand erfolgt sind, erwartet Bündnis90 /Die Grünen, dass sich die Landeshauptstadt angesichts ihrer besonderen Verantwortung und Vorbildfunktion bei ihren Bauvorhaben freiwillig zu höheren, nachhaltigeren Gebäudestandards verpflichtet. Dies gilt auch bei der Beauftragung der städt. Gesellschaften. Zudem halten wir im Zuge der Schulneubauten ein Verkehrskonzept für notwendig.
- II/17 21-V-40-0001 (Erweiterung Ludwig-Beck-Schule - Grundsatzvorlage)
Solange noch keine verbindlichen Änderungen/Ergänzungen der Baustandards der LHW durch den 2019 erklärten Klimanotstand erfolgt sind, erwartet Bündnis90 /Die Grünen, dass sich die Landeshauptstadt angesichts ihrer besonderen Verantwortung und Vorbildfunktion bei ihren

Bauvorhaben freiwillig zu höheren, nachhaltigeren Gebäudestandards verpflichtet. Dies gilt auch bei der Beauftragung der städt. Gesellschaften.

II/19 21-V-41-0017 Gebäude kuenstlerhaus43, Vorschlag zum Umbau
Solange noch keine verbindlichen Änderungen/Ergänzungen der Baustandards der LHW durch den 2019 erklärten Klimanotstand erfolgt sind, erwartet Bündnis90 /Die Grünen, dass sich die Landeshauptstadt angesichts ihrer besonderen Verantwortung und Vorbildfunktion bei ihren Bauvorhaben freiwillig zu höheren, nachhaltigeren Gebäudestandards verpflichtet. Dies gilt auch bei der Beauftragung der städt. Gesellschaften.

der Fraktion Die Linke zu:

II/17 Erweiterung Ludwig-Beck-Schule - Grundsatzvorlage
„Die Linksfraktion stimmt dem zu, lehnt jedoch das Mietmodell ab.“

II/19 Gebäude kuenstlerhaus43, Vorschlag zum Umbau
„Die Linksfraktion stimmt dem zu, jedoch nur in Verbindung mit der Umsetzung des OBR Mitte Beschlusses vom 23. September 2021 bezüglich des Baus von Toiletten für Menschen mit Behinderung im Zuge der Baumaßnahmen.“

der Fraktion Volt zu:

Tagesordnung II, Punkt 19, Gebäude kuenstlerhaus43, Vorschlag zum Umbau:
Die Volt Rathausfraktion begrüßt das Projekt des Umbaus Gebäude kuenstlerhaus43. Dabei ist explizit das Ziel zu verfolgen, dass die Entscheidung für den neu renovierten Standort künftig bestehen bleibt.

Tagesordnung IV, Punkt 2, Geplante Überbauung eines öffentlichen Abwasserkanals im Bereich der Gartenfeldstraße/ Salzbachstraße mit einem Umspannwerk; Abschluss eines Gestattungsvertrages:
Laut Stellungnahme der Kämmerei wird die Beschlussfassung von der ELW Betriebskommission empfohlen. Diese liegt nicht vor.

der Fraktion FreieWähler/Pro Auto

II/2: Den Charme und Charakter der Viertel erhalten
Die Fraktion FREIE WÄHLER/Pro Auto lehnt ein Vorkaufsrecht (Punkt 5) durch die Stadt ab. Die Stadt sollte sich hier nicht gewerblich engagieren.

II/4 Ein flächendeckendes CarSharing-Netz vorbereiten
Die Fraktion FREIE WÄHLER/Pro Auto enthält sich bei diesem Punkt, da keine Quote oder Obergrenze für den Wegfall von öffentlichem Parkraum formuliert wurde.

II/5 Parkhaus Klarenthaler Straße
Die Fraktion FREIE WÄHLER/Pro Auto stimmt gegen jegliche Maßnahmen zu diesem Projekt, solange die Kosten für die zukünftigen Nutzern nicht veröffentlicht werden.

Die folgenden Punkte der TO I werden aus Zeitgründen in die nächste Stadtverordnetenversammlung verschoben:

- **21-F-10-0018** Keine "Gendersprache" in der Verwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der AfD-Fraktion vom 10.11.2021 -
- **21-F-16-0009** Verstöße gegen die Ortssatzung
- Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 09.11.2021 -

- **21-F-15-0010** "H2-Metropole Wiesbaden" - Kommunale Wasserstoffinitiative JETZT!
- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 09.11.2021 -
- **21-J-43-0002** Recht auf Sprach- und Kulturmittlung
- Beschluss des Ausländerbeirates vom 28.09.2021 -
- **21-F-05-0026** „They had nothing in common but the English language“ - Englisch als zweite Verwaltungssprache
- Antrag der FDP-Fraktion vom 22.09.2021 -
- **21-F-55-0038** Tariftreue und Steuergerechtigkeit in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Die Linke.Stadtfraktion vom 22.09.2021 -
- **21-F-40-0003** Denkmalschutz für die Salzbachtalbrücke
- Antrag Lukas Haker, Partei „Die Partei“ - Fraktion „Die Linke“ vom 22.09.2021 -
- Neuer Antragstext Stv. Haker vom 27.09.2021 -
- **20-F-01-0015** Kommunikationsaufträge RCC - weiterer Beratungsbedarf (Akteneinsichtsausschuss)
- **21-F-10-0017** Redezeitbegrenzung für die Fraktionen in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung - Antrag der AfD-Fraktion vom 08.11.2021 -

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .10.2021

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .10.2021

Dezernat I
Dezernat II
Dezernat III
Dezernat IV
Dezernat V
Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister